

PETERSBERG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

130 Jahre Konrad Adenauer: Leitgedanken für die Zukunft

05. JANUAR 2006

www.kas.de

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Von der Parteien Hass und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“

Dieser Satz aus der Vorrede zu Schillers „Wallenstein“ trifft sicher auf viele historische Persönlichkeiten zu. Eher selten sind Gestalten, denen uneingeschränkte Bewunderung oder einhellige Ablehnung entgegengebracht werden oder deren Beurteilung durch Zeitgenossen und Nachwelt nicht Schwankungen unterworfen wäre. Im Falle Konrad Adenauers ist das anders. Seit Jahren ist hinsichtlich der Bewertung seiner Person und seiner politischen Leistung kein Schwanken zu beobachten. Schon die meisten Beiträge, die im Jahre 2001 anlässlich seines 125. Geburtstages veröffentlicht wurden, waren zwar nicht völlig unkritisch, urteilten, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, unter dem Strich aber uneingeschränkt positiv über den Gründungskanzler der Bundesrepublik und seine Politik. Einen weiteren Beleg für diese Sicht auf den „Alten von Rhöndorf“ lieferte dessen Erfolg in der vom ZDF durchgeführten Abstimmung, wer denn „Unser Bester“, wer die wichtigste positive Gestalt der deutschen Geschichte sei – was immer man auch über den Sinn derartiger Erhebungen denken mag. Adenauer siegte: vor Martin Luther, vor Johann Wolfgang von Goethe, vor Willy Brandt und vor Karl Marx.

Auch in der neueren Forschung wird die prägende Bedeutung des ersten Kanzlers für die Gestaltung der Bundesrepublik hervorgehoben. So urteilte der Münchener Polito-

loge Kurt Sontheimer schon 1991, die „in Adenauers Ära gelungene Grundlegung der Bundesrepublik“ sei „zum Ausgangspunkt einer Erfolgsgeschichte“ geworden, „wie sie keinem deutschen Staat der Vergangenheit beschieden war“. Im Jahre 2002 bilanzierte Dominik Geppert – einer der jungen Historiker –, dass angesichts der weltpolitischen Umwälzungen seit 1989/90 und der tiefgreifenden Veränderungen im Inneren des nun wiedervereinigten Deutschland manches für eine Relativierung der Bedeutung des ersten Bundeskanzlers zu sprechen scheine. Betrachte man allerdings den Wandel von der „Zusammenbruchsgesellschaft“ der frühen Nachkriegszeit zu einer pluralistischen Konsumgesellschaft Ende der fünfziger Jahre, betrachte man die „schrittweise Eingewöhnung in demokratische Verfahren und die Ausprägung einer zivilen Kultur“, dann müsse man zu dem Schluss kommen, dass „in der Adenauer-Ära tatsächlich die Fundamente der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft gelegt“ worden seien. Der Untertitel der deutschen Ausgabe von Charles Williams' neuer Adenauer-Biografie, wonach er der Staatsmann gewesen sei, „der das demokratische Deutschland formte“, ist an seinem 130. Geburtstag also weithin konsensfähig.

Ein stärkeres Augenmerk als zuvor hat die Forschung in letzter Zeit auf die Rolle Konrad

Adenauers als Parteiführer gerichtet. Hans-Peter Schwarz hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass man über der Beschäftigung mit seiner Außen-, Europa- und Deutschlandpolitik die Tatsache nicht aus

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

05. JANUAR 2006

dem Auge verlieren solle, dass der erste Bundeskanzler seine Karriere als durchsetzungsfähiger Parteiführer begann.

Mit Frank Bösch hat wiederum ein Historiker aus der jüngeren Generation gezeigt, wie stark auch innerhalb der CDU der Einfluss und die Prägekraft Adenauers gewirkt haben. Bösch bekennt, dass er ursprünglich vor allem die innerparteilichen und gesellschaftlichen Strukturen habe untersuchen wollen, dann aber im Verlaufe seiner Archivrecherchen immer wieder auf die Tatsache gestoßen sei, „welch starkes Gewicht der erste Kanzler wider Erwarten auch innerhalb der Partei hatte“. Jenseits des offiziellen Parteaufbaus habe Adenauer die junge CDU vor allem als „informeller Parteiführer“ geprägt und jenseits der formellen Satzung „für eine funktionstüchtige, integrative und geregelte Parteistruktur“ gesorgt.

Und auch Hans-Peter Schwarz hat in seinen kürzlich erschienenen, äußerst lesenswerten und eher kritischen „Anmerkungen zu Adenauer“ hervorgehoben, dass dieser auch als Parteiführer mit dem Aufbau der Union als moderner, überkonfessioneller Volkspartei eine „einmalige Leistung“ erbracht habe. Hinzu komme, so Schwarz, dass Adenauer auch die Verbindung des Amtes des Bundeskanzlers mit dem des Parteivorsitzenden als eine „Strukturbedingung des bundesdeutschen Regierungssystems“ erkannt und praktiziert habe – eine Praxis, von der lediglich Helmut Schmidt und in seinen ersten und seinen letzten Regierungsjahren Gerhard Schröder abgewichen sind.

Es ist schwer vorstellbar, dass die Bürger die pluralistische Parteiendemokratie ohne das Modell einer modernen Volkspartei so rasch akzeptiert hätten. Ebenso unzweifelhaft ist es, dass der Gründungskanzler nur mit dem Instrument der CDU seine West- und Deutschlandpolitik hat durchsetzen können.

Die moderne Volkspartei, beide Volksparteien stehen vor großen Aufgaben. Sie müssen – obwohl in den jüngsten Wahlen geschwächt – den veränderten Bedingungen im politischen und gesellschaftlichen Raum gerecht werden. Dabei reicht es nicht, sich

ausschließlich auf die tagesaktuellen Erfordernisse – sie mögen wie etwa der Kampf für mehr Arbeit noch so wichtig sein – zu beschränken. Es geht vielmehr um die gesellschaftspolitischen Leitideen von grundsätzlicher Bedeutung, die erst den Orientierungsrahmen schaffen, auf dessen Grundlage die tagespolitischen Entscheidungen überhaupt getroffen werden können.

Das Leben und das Lebenswerk Konrad Adenauers ist für uns der Leitgedanke für die Zukunft, ist Leitgedanke für die zukünftige Arbeit auch unserer Stiftung.

Zwar ist es unter allen Zeitzeugen und unter allen Historikern unbestritten, dass der erste deutsche Bundeskanzler sich geradezu meisterhaft auf die Realpolitik verstand. Er gilt zurecht als überaus geschickter Pragmatiker, als bisweilen auch listiger Taktiker. Und doch lassen sich seine Erfolge, lässt sich die Aufbauleistung der fünfziger Jahre, lassen sich die grundlegenden politischen Weichenstellungen der jungen Bundesrepublik, die dauerhaft mit seinem Namen verbunden sind, nicht allein mit seinem taktischen Geschick erklären.

Im Gegenteil: Es ist das christlich-abendländische Fundament, auf dem Adenauers weltanschauliche Prägung beruhte und das den Orientierungsrahmen für sein ganz konkretes politisches Handeln, für die Gestaltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft bildete. Dies gilt für die Einbindung des westdeutschen Teilstaates in die westliche Wertegemeinschaft ebenso wie für Adenauers wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen. Sie waren keineswegs nur den tagesaktuellen Erfordernissen geschuldete Einzelmaßnahmen, sondern besaßen eine strukturpolitische Dimension.

Ganz in diesem Sinne ist es heute eine der vordringlichsten Aufgaben – auch unserer Stiftung – dazu beizutragen, diesen Gestaltungs- und Orientierungsrahmen wieder neu zu festigen. Es geht um die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Land. Wir müssen erklären, wie die christlich-abendländischen Grundlagen unserer Kultur uns helfen, den Erfordernissen der Zeit ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

05. JANUAR 2006

recht zu werden; wir wollen zeigen, was christliche Werte im 21. Jahrhundert bedeuten.

Die sozialpolitische Kultur Deutschlands befindet sich im Wandel. Neue Lebens- und Arbeitsmodelle, zurückgehende Bindungen an Kirchen und Parteien, wirtschaftliche Stagnation, Einwanderung und Globalisierungsdruck beeinflussen die herkömmlichen sozialpolitischen Einstellungen nachhaltig. Um diesen Wandel zu bewältigen, gilt es, die normativen Grundlagen unserer Gesellschaft neu zu betonen. Prinzipien wie Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Begriffe wie das christliche Menschenbild und Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit müssen auch im 21. Jahrhundert Grundlage unseres Gemeinwesens sein.

Um die Bedeutung der christlichen Werte im 21. Jahrhundert und ihr gesellschaftliches und politisches Potenzial angemessen betonen zu können, muss die Kenntnis ihrer historischen Entwicklung gestärkt werden. Der Geschichte der christlich-demokratischen Idee und ihre Vermittlung in eine breite Öffentlichkeit hinein kommt in der Stiftung ein hohes Gewicht zu. Sie wird ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

Die Wiedergewinnung verlorengegangenen Vertrauens in die Politik ist ohne eine Neubelebung dieser Werte nicht zu leisten. Nur ein klares Koordinatensystem kann die Menschen davon überzeugen, einschneidende Reformprozesse und dringend notwendige Modernisierungsmaßnahmen mitzutragen. Die Aktualität und Gültigkeit der Grundprinzipien einer auf christlichen Werten beruhenden Politik muss neu belebt werden. Hier liegt der Schlüssel für die Rückgewinnung von Selbstbewusstsein und Vertrauen in die Reformkraft Deutschlands.

Die christlich-demokratischen Werte sind unabdingbare Voraussetzung zur gesellschaftlichen und politischen Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen. Nur auf dem Fundament fester politischer und ethischer Überzeugungen kann eine solche Integration gelingen. Die Idee einer „multi-kulturellen“ Gesellschaft ist auch deshalb gescheitert, weil sie diesen Wertgrundlagen

nicht Rechnung getragen und stattdessen dem Werte- und Kulturrelativismus Vorschub geleistet hat. Eine auf christlichen Werten beruhende Gesellschaft ist kein Hindernis, sondern vielmehr die Grundlage für einen nachhaltigen Dialog mit anderen Glaubensgemeinschaften in Deutschland und in der Welt.

Im Sinne dieser Leitgedanken setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung fünfzig Jahre nach ihrer Gründung ihre Arbeit mit einer Reihe neuer Schwerpunktthemen fort:

Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird sich die zentrale soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts um die Begriffe „Demographie und Generationengerechtigkeit“ drehen. Der demographische Wandel stellt den Generationenvertrag und die Solidarität zwischen Alt und Jung zunehmend in Frage. Familie wurde bislang zu stark als Zuwendungsobjekt und Betreuungsfall des Staates betrachtet. Sie muss wieder in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Neuorientierung gestellt werden. Ziel muss eine stabile Bindungsfähigkeit im privaten Bereich bei schwindenden strukturellen Sicherheiten im Arbeitsleben und bei steigender kultureller, sprachlicher und religiöser Pluralität der Gesellschaft sein.

Die Auswirkungen des beschleunigten Globalisierungsprozesses üben auf Deutschland einen zusätzlichen Innovationsdruck aus. Die Modernisierung von Staat und Gesellschaft und die nachhaltige Transformation Deutschlands zu einer leistungsfähigen Bildungs-, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft sind dringend notwendig. Voraussetzung hierfür ist ein grundlegend verändertes Bildungsverständnis.

Eine nachhaltige Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit lässt sich nur mit einem umfassenden ordnungspolitischen Maßnahmenpaket erreichen. Die Anpassung der Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt allein reicht hierbei nicht aus. Ohne den klaren Bezug zu Wertorientierungen, zu den ethischen Grundlagen des Sozialstaates und den sich daraus ergebenden Gemeinwohlorientierungen für die wirtschaftlichen und politischen Eliten ist eine Stärkung der In-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETERSBERG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

05. JANUAR 2006

novationskraft, der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht zu erreichen. Das bewährte Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft muss seine alte Leitbildkraft zurückgewinnen.

Die Europäische Union hat Frieden, Wohlstand und Stabilität in Europa gesichert. Sie ist ein Erfolgsmodell, das den Staaten Europas auch zukünftig Kraft und Orientierung verleihen sollte. Die Uneinigkeit der Europäer im Irak-Krieg, das Scheitern des europäischen Verfassungsvertrages und die perspektivlose Debatte um Erweiterung und Vertiefung haben die Erfolgsgeschichte Europas in der öffentlichen Wahrnehmung in der jüngeren Vergangenheit in den Hintergrund gedrängt. Dem „Projekt Europa“ muss wieder neue Schubkraft verliehen werden. Wir brauchen eine Definition der Grundlagen und der Ziele des europäischen Einigungsprozesses.

Europa – das ist nicht zuletzt die gemeinsame Überzeugung, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintritt und dass soziale Verantwortung vor individueller Verwirklichung steht.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die Struktur der internationalen Politik nachhaltig verändert. Es gilt, den weltpolitischen Wandel und seine Konsequenzen im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Die deutsche Außenpolitik muss den geänderten weltpolitischen Realitäten Rechnung tragen. Konkret bedeutet dies: Wir brauchen eine Neubelebung unserer Partnerschaft mit den USA. Nur in der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft sind Deutschland und Europa in der Lage, den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Bedrohungen entgegenzutreten. Ohne die USA sind Frieden und Stabilität in der Welt nicht zu haben, ist der Terrorismus nicht zu besiegen.

Bei aller Bedeutung, die Statut und Satzung, die Arbeitsplanung und Haushalt für die Konrad-Adenauer-Stiftung haben: Konrad Adenauer ist der Leitgedanke für die Zukunft unserer Stiftung. Voller Stolz und Dankbarkeit gedenken wir an seinem 130.

Geburtstag des großen Namensgebers unserer Stiftung. Er wird unsere Arbeit auch in Zukunft prägen.